

A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil
der Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz
von Dienstag, den **07.03.2006**,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:30 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 16:15 Uhr bis 16:30 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Erwin Dotzel
Frau Ellen Eberth
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Bruno Fischer
Herr Boris Großkinsky
Herr Michael Günther
Herr Ferdinand Kern
Frau Petra Münzel
Herr Jürgen Reinhard
Frau Monika Schuck
Herr Kurt Schumacher
Frau Gabriele Weber

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Frau Tanja Heilig, Oberregierungsrätin
Frau Ruth Heim, Verwaltungsamtsrätin
Herr Wolfgang Röcklein, Regierungsamtmann
Frau Karin Schmid, Oberamtsrätin
Herr Kai Strüber, Umweltschutz-Ingenieur (FH)
Herr Rainer Wöber, Verwaltungsoberamtsrat
Frau Ursula Mottl, Schriftführerin

Ferner waren anwesend:

Herr Hermann-Josef Eck, Stellvertreter des Landrats
Herr Klippel von TIMConsult GmbH, Mannheim (Punkt 3)
Herr Mainka vom Ingenieurbüro ICP, Karlsruhe (Punkt 2)

Tagesordnung:

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 05.12.2005
- 2 Nachsorgekosten für die Kreismülldeponie Guggenberg:
Vorstellung durch das Ingenieurbüro ICP, Karlsruhe
- 3 Papiervermarktung durch Internet-Auktion:
Vorstellung durch das Beratungsbüro TIMConsult GmbH, Mannheim
- 4 Erfahrungsbericht: Zentrale Abfallgebührenstelle
- 5 Kreismülldeponie Wörth a.Main:
Bericht über den Stand der Profilierungsarbeiten und der Bauarbeiten
- 6 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen: Aufnahme von Verhandlungen mit der Fa. Stock-Transporte, Mannheim, bezüglich Abfalltransport per Bahn

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 05.12.2005

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz vom 05.12.2005 wurden innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben. Sie gilt daher als anerkannt.

Tagesordnungspunkt 2:

**Nachsorgekosten für die Kreismülldeponie Guggenberg:
Vorstellung durch das Ingenieurbüro ICP, Karlsruhe**

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Punkt Herrn Mainka vom Ingenieurbüro ICP, Karlsruhe.

Regierungsamtmann Röcklein bat, nicht verwundert darüber zu sein, dass der Bericht über die Ermittlung der Nachsorgekosten für die Kreismülldeponie bereits ein Jahr alt sei. Die Verwaltung habe diesen Bericht im Ausschuss für Natur- und Umweltschutz erst dann geben wollen, wenn einige Randbedingungen, die z.B. das Jahr 2005 mit dem Deponierungsverbot gebracht habe, einigermaßen zu überblicken seien.

Das weitere Vorgehen hänge von vielen Faktoren ab, wobei die Hauptfrage für den Landkreis Miltenberg sei, wie es mit der Kreismülldeponie Guggenberg weitergehen soll. Die bestehenden Deponieabschnitte können bis Mitte 2009 als Deponie der Deponieklasse 2 weiter betrieben werden. Das dann noch vorhandene voraussichtlich geringe Restvolumen der vorhandenen Deponieabschnitte könne mit Abfällen der Deponieklasse 1 verfüllt werden. Da der Landkreis Miltenberg aber auch weiterhin für Abfälle der Deponieklasse 2 entsorgungs-

pflichtig sei, stelle sich die Frage, ob ein weiterer Deponieabschnitt ausgebaut oder andere Entsorgungswege gegangen werden sollen. Dies müsse im Laufe des Jahres 2006 entschieden werden. Der heutige Bericht sei als Einstimmung darauf gedacht.

Nach der Berichterstattung durch Herrn Mainka fragte Kreisrat Kern, ob der Abschluss der Deponie im Jahr 2009 die einzige Möglichkeit sei. Diese Deponie sei schließlich für eine viel längere Laufzeit ausgelegt.

Landrat Schwing sagte dazu, wenn keine weiteren Abschnitte gebaut werden, müsse die Deponie im Jahr 2009 geschlossen werden. Vor einer Entscheidung darüber müsse aber erst eine Kostengegenüberstellung erarbeitet werden.

Regierungsamtmann Röcklein teilte mit, dass erst zwei Abschnitte gebaut worden seien und erst 2/5 des gesamten Deponievolumens genutzt sei. Würde weiter gebaut, müssten die erforderlichen Genehmigungen eingeholt werden.

Kreisrätin Münzel fragte, ob die Landkreisverwaltung die Deponie Guggenberg möglichst schnell abschließen oder über das Jahr 2009 hinaus offen halten wolle. Nachdem bei dieser Deponie ein Wertstoffhof bestehe, wäre es interessant zu erfahren, wie dieser nach einer Schließung genutzt werden soll.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass der Landkreis Miltenberg auch künftig für die auf der Deponie Guggenberg abgelagerten Abfälle entsorgungspflichtig sei. Würde diese Deponie geschlossen, müssten 16,5 Mio. € aufgebracht werden. Weiter müsste geprüft werden, wo dann Entsorgungsmöglichkeiten für die bisher auf der Deponie Guggenberg abgelagerten Abfälle bestehen. Auch dafür müssen die Kosten ermittelt werden. Darüber hinaus müsse eine Kostenberechnung für die Errichtung eines Teilabschnitts von Abschnitt III erstellt und geklärt werden, was dort in den kommenden Jahren an Abfällen deponiert werden könne.

Kreisrat Dotzel sprach sich dafür aus, am Deponiestandort Guggenberg festzuhalten und diesen auszubauen, zumal dort eine gute Infrastruktur vorhanden sei. So könnten z.B. die Sickerwasserreinigungsanlage in Betrieb bleiben und die Gasstation der Deponie Wörth a.Main auf der Deponie Guggenberg eingesetzt werden. Weiter bat er, den jetzigen Gebührenzahlern nicht alle Kosten aufzubürden.

Landrat Schwing vertrat die Meinung, dass es unverantwortlich wäre, künftige Generationen zu belasten. Deshalb müsse das Verursacherprinzip eingeführt werden. Als seinerzeit die Deponie Guggenberg geplant worden sei, sei man davon ausgegangen, dass schon im Jahr 2002 alle drei Abschnitte verfüllt sein werden. Gründe für die längere Laufzeit seien die Verbrennung und dass der Gewerbemüll weggebrochen sei.

Kreisrat Fischer forderte ein Konzept für die Zukunft, denn der Landkreis Miltenberg könne sich nicht auf auswärtige Deponien verlassen. Es müsse versucht werden, die gut geführte Deponie Guggenberg zu erhalten.

Auf Befragen von Kreisrat Fischer, welche Rückstellungen es für die Deponie Guggenberg gebe und welche Stoffe dort abgelagert werden, teilte Regierungsamtmann Röcklein folgendes mit: Die Rückstellungen betragen ca. 7 Mio. €, außerdem gebe es noch Abschreibungen. Genaue Zahlen werden in den kommenden Ausschusssitzungen bekannt gegeben. Auf der Deponie Guggenberg abgelagert werden alle Stoffe, die nicht brennbar seien und unter Deponieklasse 2 (z.B. Asbest, verunreinigte Böden, Abfälle aus der Steinindustrie usw.) fallen.

Landrat Schwing sagte zu, dass die Verwaltung verschiedene Alternativen prüfen und quantifizieren werde und die Angelegenheit schon in der nächsten Ausschusssitzung weiter behandelt werde.

Tagesordnungspunkt 3:

Papiervermarktung durch Internet-Auktion:

Vorstellung durch das Beratungsbüro TIMConsult GmbH, Mannheim

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Klippel vom Beratungsbüro TIMConsult GmbH, Mannheim.

Regierungsamtmann Röcklein erinnerte daran, dass der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz mit Beschlüssen vom 08.12.2003 und 16.03.2004 die Fa. SITA Wagner GmbH für die Jahre 2004 bis 2006 mit der Vermarktung des gesammelten Altpapiers beauftragt habe. Zum damaligen Zeitpunkt sei man in Deutschland noch einhellig der Meinung gewesen, dass der Verkauf von Wertstoffen durch die Landkreise im Rahmen ihres öffentlich-rechtlichen Entsorgungsauftrages nicht ausschreibungspflichtig sei. Am 01.02.2005 habe der Bundesgerichtshof in einem wettbewerbsrechtlichen Nachprüfungsverfahren letztinstanzlich jedoch anders entschieden. Seit diesem Zeitpunkt sei auch der Verkauf von Wertstoffen ausschreibungspflichtig.

Der Vertrag des Landkreises Miltenberg mit der Fa. SITA Wagner GmbH, die inzwischen in der Fa. SITA Kommunalservice West aufgegangen sei, laufe Ende 2006 aus. Der Vertrag enthalte auch keine Verlängerungsoption, da der Landkreis Miltenberg bei der Papiererfassung mit der DSD GmbH zusammenarbeite und diese nur für jeweils drei Jahre Zusagen tätige. Die Verwaltung beabsichtige daher, die Papiervermarktung im Herbst 2006 neu auszuschreiben. Hierfür stehe eine herkömmliche Ausschreibung auf der Grundlage der Verdingungsordnung für Lieferungen und Leistungen oder eine neue Variante, die Internet-Auktion nach vorbereitender VOL-Ausschreibung zur Verfügung. Diese Variante sei vom Beratungsbüro TIMConsult GmbH, Mannheim, entwickelt worden und bisher u.a. schon zweimal von der Stadt Schweinfurt angewandt worden. Herr Klippel, Geschäftsführer der TIMConsult GmbH, habe sich dankenswerterweise bereit erklärt, sein Büro und das Verfahren Internet-Auktion vorzustellen.

Nach ausführlichen Erläuterungen durch Herrn Klippel bemerkte Landrat Schwing, dass die Papiervermarktung durch Internet-Auktion eine Alternative für den Landkreis Miltenberg zu sein scheine. Es wäre interessant zu erfahren, welche Kosten bei Beauftragung des Beratungsbüros TIMConsult GmbH entstehen.

Herr Klippel bot persönliche Beratung an und teilte bezüglich der Kosten mit, dass im ersten Jahr mit ca. 12.000,00 € bis 14.000,00 € gerechnet werden müsse. Er kenne bereits Interessenten im hiesigen Raum. Wenn sich der Landkreis Miltenberg anschließen würde, könnte ein gemeinsames Event gestartet werden.

Die Fragen von Kreisrat Dotzel nach dem Honorar, der Festlegung der Qualität des Altpapiers und ob auch für Baumaßnahmen Internet-Auktionen möglich seien, beantwortete Herr Klippel wie folgt: Das Honorar sei ein Festpreis. Da die Qualität von Altpapier nicht beschrieben werden könne, müssen das Erfassungssystem sowie der Entsorger genannt werden. Auch für Baumaßnahmen seien Internet-Auktionen möglich.

Kreisrat Kern lobte die gute Vorstellung durch Herrn Klippel und vertrat die Meinung, dass der Papierpreis weiter steigen werde, zumal Asien großen Bedarf habe.

Auf Befragen von Kreisrat Dr. Fahn nach den Erfahrungen der Stadt Schweinfurt mit Internet-Auktionen, teilte Regierungsamtmann Röcklein mit, dass diese durchaus positiv seien. Die Erlöse seien sehr gut, besser als die des Landkreises Miltenberg. Die Stadt Schweinfurt wolle die Papiervermarktung durch Internet-Auktion zum dritten Mal wiederholen.

Tagesordnungspunkt 4:

Erfahrungsbericht: Zentrale Abfallgebührenstelle

Verwaltungsamtsrätin Heim gab folgenden Bericht:

Auf Beschluss des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz vom 21.07.2004 hin wurde die Zentrale Abfallgebührenstelle (ZAG) im Landratsamt Miltenberg eingerichtet. Begonnen wurde zum 01.01.2005 mit

Collenberg	2.621 Einwohner
Großheubach	5.125 Einwohner
Miltenberg	<u>9.626 Einwohner</u>
	17.372 Einwohner

Zum 01.01.2006 kamen dazu

Eschau	4.087 Einwohner
Mömlingen	5.072 Einwohner
Obernburg a.Main	<u>8.832 Einwohner</u>
	17.991 Einwohner

so dass jetzt bereits 35.363 Einwohner von der ZAG betreut werden.

Wie bereits in der Ausschusssitzung am 21.07.2004 angedeutet, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ZAG mit Startschwierigkeiten zu kämpfen.

- So ist der Abgleich und die Aktualisierung der vor Ort tatsächlich vorhandenen Abfall- und Wertstoffbehälter mit den Programmdaten sehr zeitaufwändig. Insbesondere Papier- und Biotonnen müssen nacherfasst werden, da diese Behälter bisher von den Gemeinden nicht geführt werden mussten und auch die von den Abfuhrfirmen übernommenen Behälterdaten unvollständig und fehlerhaft sind.
- Ein weiterer Schwachpunkt, der durch zeitintensive Nachforschungen behoben werden muss, ist, dass entgegen den Satzungsbestimmungen Mieter bisher als Gebührenschuldner geführt wurden. Hier müssen die Grundstückseigentümer ermittelt werden und es bedarf umfangreicher Aufklärung, weshalb Abfallgebühren nicht mehr direkt mit Mietern abgerechnet werden. Aber auch von der Fa. SITA Bormann GmbH wurden Eigentümerwechsel, welche in den Gemeinden veranlasst worden waren, nur zögerlich in das Behälterverwaltungsprogramm (BHV) übernommen, wenn mit der Änderung keine Veränderung im Mülltonnenbestand verbunden war.
- Leider helfen auch die jeweils vor der Übernahme durch die ZAG an die Gebührenschuldner versandten Vorinformationen kaum, fehlerhafte Daten zu berichtigen, da die meisten Personen erst dann reagieren, wenn der Gebührenbescheid zugestellt wird.

- Die Zustellung von Briefen an die jeweiligen Adressaten funktioniert ebenfalls nicht immer reibungslos, da die Post Briefe als nicht zustellbar zurückschickt, obwohl die entsprechenden Adressen von den Einwohnermeldeämtern der Gemeinden als richtig bestätigt werden. Auch hier sind die Nachrecherchen zeitaufwändig.
- Last but not least gab es auch edv-technisch einige Startschwierigkeiten bei der Übernahme der Stammdaten von der Fa. SITA Bormann GmbH bzw. bei der Anbindung des Buchhaltungsprogramms der AKDB an das BHV von Athos. Hier kam es trotz des durch die AKDB erstellten Anforderungsprofils an der Schnittstelle zu Datenübertragungsproblemen, da von der AKDB die Komplexität der aus dem BHV übergebenen Daten nicht in der ganzen Tragweite erkannt wurde. Diese Unstimmigkeiten konnten jedoch in gemeinsamen Anstrengungen zwischen Athos, AKDB und Mitarbeitern des Landratsamtes behoben werden. Gerade im Hinblick auf mögliche edv-technische Schwierigkeiten ist es vorteilhaft, die Gemeinden stufenweise an die ZAG anzuschließen, da sich die aufgetretenen Fehler bei neu hinzukommenden Gemeinden im Vorfeld beheben lassen bzw. gar nicht mehr auftreten.

Nachdem die Startschwierigkeiten beim Anschluss weiterer Gemeinden an die ZAG behoben und die Stamm- und Behälterdaten aktualisiert sind, überwiegen die Vorteile der ZAG gegenüber der dezentralen Aufgabenerfüllung bei den einzelnen Gemeinden.

- So liegen dem Landkreis Miltenberg für die ZAG-Gemeinden aktuelle und richtige Daten über alle Mülltonnenbestände (grau, grün, braun) vor, die auch als Abrechnungsgrundlage mit dem beauftragten Abfuhrunternehmen dienen.
- Bei Anfragen aus der Bevölkerung kann sofort auf die aktuellen Mülltonnendaten zurückgegriffen werden. Nachfragen bei den Gemeinden über angemeldete Abfallbehälter erübrigen sich.
- Die Abfallwirtschaftssatzung und die Gebührensatzung werden bei allen Gebührenschuldern gleichermaßen angewandt. Unterschiedliche Handhabungen des Satzungsvollzugs werden vermieden; z.B. Abmeldung von Abfallbehältern für ein oder zwei Monate wegen Urlaub, fehlender Rückholung von Abfallbehältern bei kurzfristigen Abmeldungen, Geltendmachung der Umtauschgebühr bei nicht satzungsbedingten Tonnenveränderungen.
- Die Abfallgebühren werden dem Landkreis Miltenberg unmittelbar nach Fälligkeit gut geschrieben.
- Säumige Gebührenzahler werden zeitnah gemahnt und die Gebühren sofern erforderlich, konsequent beigetrieben. Hierbei ist es vorteilhaft, dass die Landkreisverwaltung unmittelbar erfährt, welche Abfallgebühren ausstehen und nicht erst später, oft erst Jahre später über die Gebührenabrechnung der Gemeinden über offene Beträge informiert wird. Allerdings wurde auch festgestellt, dass Mahnaktionen bis hin zur Erstellung des vollstreckbaren Ausstandsverzeichnisses nur begrenzt erfolgreich sind, da säumige Gebührenzahler offensichtlich überschuldet sind und Beitreibungsmaßnahmen erfolglos bleiben. So wurden 2005 für die ersten drei ZAG-Gemeinden (Collenberg, Großheubach, Miltenberg) ca. 4.500 Gebührenbescheide erlassen. In ca. 290 Fällen (6,44 %) werden die Abfallgebühren nicht bzw. nicht vollständig beglichen. Ca. 100 Fälle (ca. 34 %) mussten trotz nochmaliger Mahnung und Ankündigung der Vollstreckung an das Amtsgericht zur Vollstreckung weitergeleitet werden. Nachdem auch Beitreibungsmaßnahmen nur in wenigen Fällen Erfolg versprechend sind, andererseits aber jedes an das Amtsgericht weiterge-

reiche vollstreckbare Ausstandsverzeichnis Kosten in Höhe von ca. 20,00 € verursacht (auch wenn die Ausstandsverzeichnisse gleichzeitig vollstreckt werden), ist es aus Kostengründen sinnvoll, für fällige Abfallgebühren erst nach Ablauf des Kalenderjahres ein vollstreckbares Ausstandsverzeichnis zu erstellen und an das Amtsgericht weiter zu leiten, z.B. Abfallgebühren für das Jahr 2005 im Februar 2006. Evtl. für den Landkreis entstehende Zinsverluste für Gebühren, die beigetrieben werden können, werden durch die geringen Kosten für Beitreibungsmaßnahmen aufgewogen. Bei erfolglosen Beitreibungsmaßnahmen, wird ab einer Gebührenschild von 750,00 €/Gebührenschildner geprüft, ob die Eintragung einer Sicherungshypothek sinnvoll ist (je nach Vorbelastung des Grundstücks).

- Ob die ursprünglich kalkulierten Mehreinnahmen von ca. 540.000,00 €/Jahr erreicht werden, ist derzeit noch nicht absehbar, da im vergangenen Jahr erst drei Gemeinden über die ZAG abgerechnet wurden. Außerdem wurde wegen der umfangreichen Nacharbeiten in den ZAG-Gemeinden 2005 der Einwohnerabgleich und damit die Überprüfung, ob das Mindestbehältervolumen bei den angeschlossenen Anwesen eingehalten ist, bisher nicht durchgeführt. Der Abgleich ist im 2. Quartal 2006 vorgesehen und führt möglicherweise noch zu höheren Gebühreneinnahmen. Es wurde allerdings festgestellt, dass einige Gemeinden in den vergangenen Monaten verstärkt die Einhaltung des Mindestbehältervolumens überwacht haben. Außerdem wurden die Gemeinden in mehreren Fällen aufgefordert, Gebührennachberechnungen vorzunehmen, da im Rahmen von Behälterüberprüfungen eine fehlerhafte Gebührenabrechnung festgestellt worden war. Die Gebührennachberechnung belief sich in einem Fall sogar auf 6.192,00 €.

Insgesamt wird die Arbeit der ZAG als positiv und vorteilhaft für den Landkreis Miltenberg bewertet. Die Verwaltung schlägt daher vor, die restlichen 26 Gemeinden in zwei Stufen zu übernehmen und den Pilotversuch als beendet anzusehen.

Die Übernahme könnte nach Abstimmung wie folgt geschehen:

Zum 01.01.2007

Bürgstadt	4.338 Einwohner
Elsensfeld	8.870 Einwohner
Faulbach	2.769 Einwohner
Hausen	2.007 Einwohner
Kleinwallstadt	5.838 Einwohner
Leidersbach	4.987 Einwohner
Neunkirchen	1.549 Einwohner
Niedernberg	4.836 Einwohner
Sulzbach a.Main	7.019 Einwohner
Wörth a.Main	<u>4.940 Einwohner</u>
	47.153 Einwohner

Zum 01.01.2008

Altenbuch	1.306 Einwohner
Amorbach	4.147 Einwohner
Dorfprozelten	1.933 Einwohner
Eichenbühl	2.715 Einwohner
Erlenbach a.Main	10.179 Einwohner
Großwallstadt	4.063 Einwohner
Kirchzell	2.378 Einwohner
Kleinheubach	3.471 Einwohner
Klingenberg a.Main	6.317 Einwohner
Laudenbach	1.392 Einwohner

Mönchberg	2.540 Einwohner
Röllbach	1.706 Einwohner
Rüdenau	862 Einwohner
Schneeberg	1.897 Einwohner
Stadtprozelten	1.721 Einwohner
Weilbach	<u>2.334 Einwohner</u>
	48.961 Einwohner

Die Verwaltung halte die vorgesehene Übernahme der Gemeinden für durchführbar, da die edv-technischen Fehler nach derzeitigem Kenntnisstand ausgemerzt sind und die Datenberichtigung für die im Jahr 2007 zu übernehmenden Gemeinden bereits läuft. Außerdem lässt sich die Übernahme der Gemeinden zum Jahresende besser in die Arbeit der ZAG integrieren (Erlass der Gebührenbescheide Januar/Februar, Erstellung der vollstreckbaren Ausstandsverzeichnisse Februar/März, Abgleich von Einwohnerdaten und Mindestbehältervolumen über die restlichen Monate verteilt, zusätzlich zu den laufenden Angelegenheiten). Sollte sich wider Erwarten zeigen, dass der Anschluss von 16 Gemeinden an die ZAG zu einem Termin zu aufwändig ist, ist es evtl. möglich, einen Teil der für das Jahr 2008 vorgesehenen Gemeinden bereits zum 01.07.2007 zu übernehmen. Dies wäre aber im Vorfeld mit der Fa. Athos und der AKDB abzuklären.

Kreisrat Reinhard wies auf die Probleme der Gemeinden mit Vollstreckung und Mindestbehältergrößen hin und vertrat die Meinung, dass diese Probleme auch die ZAG beschäftigen werden. Er fragte, ob bereits ein Kostenvergleich Gebühreneinzug durch die Gemeinde und Landkreis vorliege.

Verwaltungsamtsrätin Heim teilte dazu mit, dass genaue Zahlen erst nach einem Abgleich genannt werden können. Es werde davon ausgegangen, dass der Landkreis geringfügig kostengünstiger arbeite.

Auf Befragen von Kreisrat Kern nach der personellen Ausstattung der ZAG und ob mit diesem Personal auch die noch nicht erfassten Gemeinden betreut werden können, teilte Verwaltungsamtsrätin Heim mit, dass für die Anlaufphase zusätzliches Personal benötigt würde. Danach würde mit dem jetzigen Personal ausgekommen.

Zur Bemerkung von Kreisrat Dotzel, dass ein Kostenvergleich schon jetzt möglich sein müsste, sagte Landrat Schwing, er verstehe die Ungeduld nicht. Er bat zu bedenken, dass die Übernahme der 32 Gemeinden ein großes Projekt sei und viele Probleme zu bewältigen seien. Eine abschließende Aussage sei erst möglich, wenn alle 32 Gemeinden übernommen seien. Er sei überzeugt, dass der Landkreis künftig eine größere Summe an Müllgebühren einnehme und eine einheitliche Satzungsauslegung erfolge.

Tagesordnungspunkt 5:

Kreismülldeponie Wörth a.Main:

Bericht über den Stand der Profilierungsarbeiten und der Bauarbeiten

Regierungsamtmann Röcklein wies darauf hin, dass sich die Gesamtmaßnahme Sanierung und Rekultivierung der ehemaligen Kreismülldeponie Wörth a.Main in zwei Maßnahmen gliedere, die Profilierungsmaßnahme und die eigentliche Baumaßnahme. Nach Abschluss dieser Arbeiten folge dann die Überprüfung der Deponiegasentwicklung, die ja durch die Bauarbeiten verändert und beeinflusst werde und die Planung und Errichtung der Deponiegasbehandlung.

Die **Profilierungsmaßnahme** für die Deponie sei planmäßig zum 28.02.2006 abgelaufen. Lediglich aus einer Altlastensanierungsmaßnahme der Fa. ECOSOIL, die Mitglied der Arge Deponie Wörth a.Main sei, seien noch Restanlieferungen im Laufe des Monats März 2006 zu erwarten. Bis 28.02.2006 seien mit 7.197 LKW-Lieferungen 201.932,62 Tonnen Abfälle der Deponieklasse 1 angeliefert und ordnungsgemäß eingebaut worden. Die gesamten Mengen seien von der Landkreisverwaltung auf dem freien Entsorgungsmarkt requiriert worden, was sehr viel Mühe gekostet habe, aber erfolgreich gewesen sei. Der Erfolg für den Landkreis Miltenberg zugunsten der Bürgerinnen und Bürger zahle sich auch in barer Münze aus: 2,48 Mio. € habe diese Maßnahme zur Finanzierung der Baumaßnahme beigesteuert. Natürlich gehen die Einbaukosten und sonstige laufende Kosten ab, aber es verbleibe ein stattlicher Beitrag zur Deckung der Baukosten von 2,65 Mio € zuzüglich Ingenieurkosten, Fremdüberwachung und sonstigen Nebenkosten. Spätestens am 31.03.2006 werden die letzten LKW's mit Abfällen anrollen, dann werde die Profilierungsmaßnahme abgeschlossen sein.

Die Baumaßnahme **Deponieoberflächenabdichtung** sei an die Arbeitsgemeinschaft ECOSOIL/RMU/Michel zum überprüften Angebotspreis von 2,302.724 € vergeben worden. Darüber hinaus seien Nachträge von rd. 400.000,00 € beauftragt worden. Die größte Nachtragsumme sei für die Behebung der im Bereich des Schachtes KS 1 festgestellten Schäden angefallen. Der Ausschuss habe sich mit dieser Angelegenheit bereits ausführlich befasst und eine Fotodokumentation über die Sanierung des KS 1 gesehen. Die Baumaßnahme laufe übrigens planmäßig. Ca. 40 % der Deponieoberfläche seien bis Weihnachten 2005 vollständig abgedichtet gewesen. D.h. aus diesem Bereich dringe kein Oberflächenwasser mehr in den Müllkörper ein. Das Niederschlagswasser werde bereits getrennt erfasst und in den angrenzenden Moosbach, einen Vorflutergraben zum Main, eingeleitet.

Derzeit werden kleinere Teilarbeiten, wie z.B. der Einbau technischer Anlagen in den Pumpschacht P I vorgenommen. Sobald es die Witterung zulasse, werden auch die Bauarbeiten in vollem Umfang wieder aufgenommen. Angeliefert werden müssen im Rahmen der Baumaßnahme 90.000 Tonnen Rekultivierungsboden mit den Zuordnungswerten 1.1 (sauberer Oberboden). Von dieser Menge seien bisher rd. 45 % angeliefert worden. Rd. 50.000 Tonnen Material müssen noch anrollen, was ca. 1.900 LKW-Ladungen entspreche. Die Arge wolle die gesamte Baumaßnahme Anfang August 2006 abschließen.

Zurückgestellt worden sei mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden die künftige Deponiegasentsorgung oder -behandlung. Wie sich auch im Falle der Deponie Großeubach gezeigt habe, sei es sinnvoll, nach derart großen Baumaßnahmen erst einmal die Entwicklung des Deponiegasangebotes nach Abschluss der Baumaßnahmen zu beobachten und messtechnisch zu erfassen, denn erst dann lassen sich vernünftige Aussagen über Art und Umfang der erforderlichen Deponiegasbehandlung treffen. Das bedeute, dass die Deponie Wörth a.Main auch nach Abschluss der laufenden Baumaßnahmen die Verwaltung und den Ausschuss beschäftigen werde.

Tagesordnungspunkt 6:

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen: Aufnahme von Verhandlungen mit der Fa. Stock-Transporte, Mannheim, bezüglich Abfalltransport per Bahn

Landrat Schwing unterrichtete den Ausschuss von folgendem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 28.06.2005: „Der Kreistag möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Fa. Stock-Transporte, Mannheim, Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, den Müll aus der Müllumladestation Elsenfeld (richtig Erlenbach a.Main) mit der Bahn in das

Müllheizkraftwerk nach Schweinfurt zu transportieren.“ Auslöser dieses Antrages sei ein Pressebericht über Gütertransporte der Fa. Josera, Kleinheubach, mit der Fa. Stock-Transporte.

Regierungsamtmann Röcklein teilte mit, dass die Landkreisverwaltung den Antragstellern eine Zwischennachricht übersandt und am 12.07.2005 telefonisch Kontakt mit der Fa. Stock-Transporte aufgenommen habe. Dabei sei vereinbart worden, dass Herr Stock mit Regierungsamtmann Röcklein einen Termin vereinbare, um sich über Örtlichkeiten und Details zu informieren. Bis auf einen weiteren Telefonkontakt im Spätherbst 2005 sei das alles gewesen. Offensichtlich bestehe seitens der Fa. Stock-Transporte kein großes Interesse, sich über weitere mögliche Bahntransportaufträge zumindest zu informieren.

Tatsache sei, dass sich der Landkreis Miltenberg bei allen bisherigen Ausschreibungen über den Müllfernttransport zum Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt GmbH & Co. KG (GKS) ab Inbetriebnahme der Müllumladestation Erlenbach a.Main sowohl den Straßen-, als auch den Schienentransport offen gehalten habe. Nur ein einziges Mal habe sich eine Firma, die Fa. TIMLogistic, Mannheim, vor Ort über Bahnverladung und -transport kundig gemacht, dann aber auch nur ein Angebot für den Straßentransport eingereicht. Nachdem man die Fa. TIM-Logistic als einen der „Väter“ des Abfalltransportes auf der Schiene bezeichnen könne, spreche dies für sich.

Inzwischen hätten sich auch die Verhältnisse in Schweinfurt geändert. Die Bahn habe am Sennfelder Bahnhof, der früher einmal für den Containerumschlag vorgesehen gewesen sei, Gleise zurückgebaut. Im Falle eines Falles müsste somit die Entladung in Schweinfurt neu geprüft und bewertet werden.

Die Landkreisverwaltung sehe kurz- und mittelfristig keine Möglichkeit für den Bahntransport der Abfälle. Selbstverständlich werden der Markt und neue Entwicklungen aufmerksam beobachtet, wie z.B. jetzt die Westfrankenbahn. Es müsse aber immer bedacht werden, dass der Müllfernttransport eine Dienstleistung sei, die europaweit ausgeschrieben werden müsse. Es könne daher heute nicht so einfach ein Transportmittel favorisiert werden. Bei der Vergabe dürfen zwar Umweltgesichtspunkte gewertet werden, aber das helfe nichts, wenn es keine Bahnangebote gebe.

Kreisrätin Münzel erklärte, dass es ein großes Anliegen der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen sei, für den Müllfernttransport ein umweltfreundliches Verkehrsmittel einzusetzen. Nachdem seitens der Fa. Josera geäußert worden sei, aus Umweltschutzgründen werden Mehrkosten in Kauf genommen, sollte auch der Landkreis Miltenberg Vorbildfunktion übernehmen und seinen Müll per Bahn transportieren. Enttäuschend sei für sie, dass sich Herr Stock nicht um weitere Gespräche mit der Landkreisverwaltung bemüht habe. Eine Hoffnung habe sie noch bezüglich der Westfrankenbahn, denn lt. einem Presseartikel vom 03.03.2006 sei der Güterverkehr auf der Schiene möglich. Sie bitte daher, dass die Landkreisverwaltung nicht nur den Markt weiter beobachte, sondern mit der Westfrankenbahn intensive Verhandlungen führe.

Am Sennfelder Bahnhof bestehe nach Meinung von Kreisrätin Münzel das gleiche Problem wie bei der Müllumladestation Erlenbach a.Main. Aufgrund der Erweiterung der Müllumladestation sei Gelände, das für einen Bahntransport benötigt würde, aufgegeben worden und die Schiene verlaufe nicht mehr neben dem Gelände. Dadurch habe sich die Infrastruktur verschlechtert und es sei zu befürchten, dass der Bahntransport gar nicht mehr möglich sei.

Landrat Schwing bestätigte, dass die Landkreisverwaltung bereits mit der Westfrankenbahn verhandele. Sobald sich eine Möglichkeit ergebe, werde der Ausschuss informiert. Er bat jedoch zu bedenken, dass das Handling kompliziert und teuer sei.

Kreisrat Kern sagte, Ziel der SPD-Fraktion sei ebenfalls der Müllferntransport auf der Schiene. MdL Mütze, Aschaffenburg, habe dieserhalb auch schon eine Anfrage an den Bayerischen Landtag gerichtet und die Antwort erhalten, dass die Verlegung auf die Schiene unterstützt werde. Es werde nun gehofft, dass das Ziel der SPD-Fraktion erreicht werde.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass es die Idee des Landkreises Miltenberg gewesen sei, den Müllferntransport per Bahn gemeinsam mit Stadt und Landkreis Aschaffenburg durchzuführen. Leider habe Aschaffenburg kein Interesse daran.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Mottl
Protokollführerin